

5. Regionalkonferenz Rechtsextremismus

15.11.2014, 09:00 – 17:00 Uhr

Ganztageszentrum Bargteheide, Am Markt 2, Bargteheide

Verlauf und Ergebnis

Teilnehmer: 72 Teilnehmer*innen (lt. Teilnehmerliste)

Begrüßung durch Hans-Werner Harmuth, Kreispräsident des Kreises Stormarn und Dr. Henning Görtz, Bürgermeister der Stadt Bargteheide

Einführender Vortrag von Petra Linzbach, Kreis Stormarn: „Aktionen und Maßnahmen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus in Stormarn“

Einführender Vortrag von Serpil Midyatli AWO-Landesverband (MdL): „Alltagsrassismus erkennen und begegnen“

Zum Verlauf:

Gemeinsames Handeln gegen Rechtsextremismus

5. Regionalkonferenz setzt länderübergreifende Impulse

Über 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Landkreisen Stormarn, Herzogtum Lauenburg, Nordwestmecklenburg und Ludwigslust, aus Lübeck und sogar aus Neumünster und Hamburg folgten am 15.11.2014 der Einladung des Kreises Stormarn zur 5. Regionalkonferenz Rechtsextremismus in den Räumen des Ganztageszentrum in Bargteheide.



Über 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten die 5. Regionalkonferenz Rechtsextremismus in Bargteheide

Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein, das Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V., der AWO Landesverband Schleswig-Holstein sowie das Ratzeburger Bündnis hatten gemeinsam wieder ein vielfältiges Workshopspektrum organisiert, welches das wandelbare Phänomen des Rechtsextremismus einen Tag lang aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten sollte. "Virtueller Rechtsextremismus im Internet" wurde dabei ebenso in den Fokus genommen wie "Europäischer Rechtspopulismus", "Der Umgang mit rechtsextremen Kommunalvertretern" und ganz aktuell auch das Thema "Flüchtlinge im Fokus von Rechtsextremisten". Einen ganz besonderen Schwerpunkt wurde dem Phänomen des "Alltagsrassismus" gewidmet. Serpil Midyatli vom AWO-Landesverband Schleswig-Holstein lobte die Veranstalter in ihrem einführenden Vortrag ausdrücklich für diese Themenwahl, stellt doch „Alltagsrassismus“ in der Bearbeitung von Rechtsextremismus wohl die größte Herausforderung dar. Seine Reichweite in Form von Ressentiments und Vorurteilen bis tief in die Mitte der Gesellschaft bietet immer wieder Anknüpfungspunkt für rechtsextreme Parole und Hetze gegen fremde Kulturen und Religionen, gegen Flüchtlinge oder gegen auch andere Lebensformen oder Menschen mit Handicaps. Die Beschäftigung mit „Alltagsrassismus“ ist mithin wie eine Wurzelbehandlung im Kampf gegen Rechtsextremismus und jede Form von Homophobie. Entsprechend intensiv wurde an diesem Thema auch im nachfolgenden Workshop gearbeitet. Angeleitet von Nissar Gardi von Arbeit und Leben Hamburg befassten sich die Workshopteilnehmer mit zentralen Aspekten der Rassismuskritik, Impulsen für die Selbstreflexion und der immer noch vorhandenen Tabuisierung von Rassismus in der Gesellschaft.

Auch in den übrigen Workshops, die von verschiedenen Experten, wie Johannes Baldauf (und Malte Switkes vel Wittels (Referent) von der Amadeu Antonio Stiftung und dem Projekt "no-nazi.net", David Begrich von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus Magdeburg Miteinander e. V., Christian Nestler M.A., von der Universität Rostock und Torsten Döring vom Büro des Flüchtlingsbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein sowie Charlotte Sauerland vom Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Kiel durchgeführt wurden, konnten viele neue Impulse, Ideen und Strategien in der Arbeit gegen Rechtsextremismus vor Ort entwickelt werden.



Dr. Daniel Trepdorf fasst im Plenum die Arbeitsergebnisse aus dem Workshop "Europäischer Rechtspopulismus" mit Christian Nestler M.A. von der Universität Rostock zusammen

Dr. Daniel Trepdorf, Leiter des Demokratiezentrum Ludwigslust, brachte die Ergebnisse dieser Konferenz wie folgt auf den Punkt: „Das Zusammenspiel von fachlichem Austausch und persönlichen Kontaktmöglichkeiten sowie Vernetzungen zwischen den Aktiven vor Ort bringt uns in der Arbeit gegen Rechtsextremismus deutlich aus der Rolle der stets nur Reagierenden hin zu einem gemeinsam strategischen Handeln über die Landesgrenzen hinweg.“

Die Regionalkonferenz Rechtsextremismus wird ihre Arbeit im kommenden Jahr fortsetzen, dann in der Hansestadt Lübeck, die in Bargteheide eine entsprechende Einladung aussprach.

Aus den Workshops, soweit protokollarisch vorliegend:

Workshop 1:

„Virtueller Rechtsextremismus – Neonazis im Internet“

Johannes Baldauf, Malte Switkes vel Wittels, Amadeu Antonio Stiftung, no nazi net

In der Einheit „Virtueller Rechtsextremismus – Neonazis im Internet“ wurden die Teilnehmenden von den Referenten einführend über die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung im Allgemeinen und von *no nazi net* im Besonderen aufgeklärt. Anschließend erörterten die Referenten die Funktionen von Sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter, VK, Youtube, reddit. Dabei stellte sich von Seiten der Teilnehmenden bereits die Frage, warum manche Meldungen rechtsextremer Inhalte bei den Betreibenden von Sozialen Netzwerken nicht wahrgenommen werden würden. Die Referenten antworteten darauf, dass dies auf mehreren Ebenen schwierig sei. Zum einen seien die rechtlichen Rahmenbedingungen sehr unterschiedlich. Da es sich vornehmlich um us-amerikanische Unternehmen handele, besitze das *Recht auf Meinungsäußerung* im Vergleich zur *Würde des Menschen* einen höheren Stellenwert als dies etwa in der Bundesrepublik Deutschland der Fall sei. Darüber hinaus seien die wirtschaftlichen Akteure im Tätigkeitsfeld Internet einem besonderen Spannungsverhältnis zwischen legitimem Verbot und (dem Vorwurf der) Zensur ausgesetzt. Gleichzeitig sei es für Menschen, die letztlich für eine Sperrung zuständig sind, schwierig, den Inhalt in der dafür vorgegebenen Zeit richtig zu bewerten. Trotz dieser Hürden stellte Johannes Baldauf jedoch klar: „Grundsätzlich sollten problematische Inhalte gemeldet werden.“

Der anschließende Themenbereich vertiefte die Strategien von rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien in Sozialen Netzwerken. Es lässt sich auf Facebook exemplarisch feststellen, dass sowohl NPD als auch AfD mit Abstand zu den beliebtesten Parteien zählen. Die Anzahl der positiven Bekundungen, *Likes*, sind in der Analyse des laufenden Jahres 2014 vornehmlich im Zuge des Wahlkampfes zur Europawahl akquiriert worden. Auch die Reichweite der Meldungen der beiden Parteien, gemessen an der Anzahl ihrer Teilung und Kommentierung, übersteigt diejenigen der etablierten Volksparteien deutlich. Wie aber kommt es zu dieser Entwicklung?

„Soziale Netzwerke sind das Propagandamedium Nummer eins von Rechtsextremen“, erklärte Malte Switkes vel Wittels diesen Zusammenhang. Über sogenannte Satellitenseiten mit emotionalen Inhalten, etwa das Thema sexuelle Gewalt an Kindern, würden Menschen vorsichtig an die NPD herangeführt. Dies erfolge in besonderem Maße durch den Aufbau von Feindbildern und den anschließenden Verweis auf die Partei, als einzige, „die was dagegen tun würden“. Am Beispiel der rassistisch und fremdenfeindlich motivierten

„Bürgerinitiativen“ gegen Flüchtlinge zeige sich außerdem, dass ein regionaler und lokaler Bezug von Satellitenseiten es der NPD ermöglicht, Menschen für ihre Politik aus dem Internet auf die Straße zu mobilisieren. Dies sei ein herausragender Erfolg für die Etablierung rechtsextremer politischer Inhalte.

Anschließend wurden die beiden vornehmlichen Netzphänomene der „Unsterblichen“ und der „Identitären Bewegung“ als Beispiel einer neuen ästhetischen Ansprache von jungen Menschen behandelt. Diese erfolgt verstärkt durch aktuelle popkulturelle Bezüge und aktionistische Inszenierungen als durch einen positiven Rückgriff auf den Nationalsozialismus. Professionelle Internetauftritte und Videos sollen dabei ein Gefühl von Gemeinschaft und Identitätsangebote vermitteln.

In der abschließenden Diskussion ging es um mögliche Gegenstrategien. Dabei wurde von den Teilnehmenden hervorgehoben, dass die *Medienkompetenz bei jungen und alten Menschen* gestärkt werden müsse. Auf diese Weise könnten die rechtsextremen Inhalte identifiziert werden und präventive Handlungen bei jungen Menschen ansetzen. Ebenso sollten Nutzerinnen und Nutzer Sozialer Netzwerke *besser über ihre Rechte aufgeklärt* werden.

Um Rechtsextremismus auch im Internet entgegenzutreten zu können bedarf es einer *Bereitstellung von mehr Mitteln*. Hier schlossen sich die Forderungen der Teilnehmenden denen anderer Workshops und gesellschaftlicher Gruppen an. Abschließend wiesen die Referenten darauf hin, dass besonders bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus langfristig im Internet eine *Zusammenarbeit zwischen Politik, der Zivilgesellschaft und den Betreibenden* in den Bereichen Repression – aber eben auch bei der Herstellung eines demokratischen, partizipativen Umgangs der Menschen im Internet – erfolgen muss.

Workshop 2:

„Umgang mit rechtsextremen Kommunalvertretern“

David Begrich, Arbeitsstelle Rechtsextremismus Magdeburg Miteinander e. V.

Referent David Begrich führte zu Beginn des Workshops in maßgebliche Strategien ein, die rechtsextreme Kader für die eigenen Kommunalpolitiker entwickeln und vorgeben. Er strich dabei heraus, dass rechtsextreme Kommunalpolitiker immer im Kontext eines übergeordneten Partei-Netzwerkes gesehen werden müssen, das sie in ihrer Arbeit mit Antragsvorlagen und Themen versorgt. Ebenso ist es wichtig, zu verstehen, dass es rechtsextremen Kommunalvertretern nicht um die Mitwirkung an der politischen Willensbildung in den Gremien geht. Sie nutzen sie ganz überwiegend als Bühne zur Selbstinszenierung. So werden beispielsweise oft Anträge gestellt, die das kommunale Gremium inhaltlich gar nicht beeinflussen kann, wie eine „Resolution zur Wiedereinführung der D-Mark“. Wird dieses allein aus formalen Gründen von

den anderen Fraktion abgelehnt, folgt prompt die öffentliche Vorhaltung, die etablierten Parteien würden die Sorgen der kleinen Leute um ihr Ersparnes nicht ernst nehmen. Auch werden oft profane kommunale Themen populistisch aufgeladen. David Begrich berichtet hier von einem Beispiel aus Sachsen-Anhalt, in dem es um die Neugestaltung einer Abwassersatzung mit einer entsprechenden Gebührenanpassung ging. Während Parteien und Verwaltung dieses als nüchternen Vorgang betrachteten und vortrugen, erhob der NPD-Vertreter unvermittelt den Vorwurf, wieder einmal solle der „kleine Mann“, der mühsam sein Eigenheim erspart hat, geschröpft und um Haus und Hof gebracht werden. Tosender Beifall des Publikums und darauf folgend, Sprachlosigkeit der anderen Kommunalpolitiker. Gerade diese Sprachlosigkeit angesichts von absurden Anträgen oder einer populistischen Aufladung von Themen lassen rechtsextreme Kommunalvertreter häufig wie Gewinner aussehen, wie die „wahren Volksvertreter“.

Nachfolgend vermittelte David Begrich anhand von konkreten Antragsvorlagen der NPD in verschiedenen Kommunalparlamenten, Strategien, diesen entgegen zu wirken. So sollte vor allem im Vorwege einer Sitzung sensibler darauf geachtet werden, welche Themen rechtsextreme Vertreter für ihre Inszenierung nutzen können und dazu entsprechende Entgegnungen erarbeitet werden. Absurde Forderungen müssen in ihrer Absurdität sichtbar gemacht werden. Wiederum können Anträge von rechtsextremen Kommunalpolitikern, die ganz harmlos daher kommen, z.B. mehr Geld für Schulessen, und denen eigentlich jeder Politiker zustimmen kann, von demokratischen Fraktionen übernommen und als eigene Anträge eingereicht werden. So kann man ohne weiteres die Vorlage des rechtsextremen Vertreters ablehnen, um sich dann sachlich damit im nächsten, eigenen Antrag auseinanderzusetzen. Häufig ist es dabei auch hilfreich, sich die Anträge der rechtsextremen Kommunalpolitiker genau anzuschauen. So gilt die Forderung nach mehr Geld für Schulspeisungen im dritten Absatz nur für „autochone Deutsche“. Hier findet sich mithin ein Ansatzpunkt, um einen solchen Antrag inhaltlich zu kritisieren: „Können Sie uns bitte erläutern, was unter einem autochonen Deutschen zu verstehen ist?“. Dem gegenüber wird dann ein nicht-rassistischer Antrag beraten.

David Begrich machte Mut, diese Auseinandersetzung auch öffentlich zu suchen. Vorabsprachen im Hinterzimmer des öffentlichen Gremiums, nur aus Angst, der rechtsextreme Vertreter könnte sich für die eine oder andere Seite entscheiden und dort auch seine Hand heben, dürfen nicht dazu führen, dass das hohe Gut von transparenten Entscheidungsabläufen ausgehebelt wird. Zumal so etwas auch als Vorlage für die Propaganda der Rechten dient: „Die angeblichen Demokraten sind ja so demokratisch mit ihrem Hinterzimmer-Klüngel. Das wollen unsere Volksvertreter sein?“

Die öffentliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Kommunalvertretern ist nicht leicht, aber durchweg erfolgversprechend, zumal diese selbst auch häufig durch Abwesenheit, Unkenntnis und auch Faulheit glänzen.

Zu einem differenzierten Blick mahnte Begrich hinsichtlich der AfD, die in Sachsen-Anhalt in allen Kommunalparlamenten vertreten ist. Obwohl sie eine populistisch agierende Partei sei, die durchaus einem kulturell geprägten Rassismus das Wort redet, sei sie nicht als rechtsextrem einzustufen und zu brandmarken. Ihr fehlt der starke Bezug zum völkischen Weltbild, wie es die NPD hat. Hier die „Keule“ des Rechtsextremismusvorwurfs einzusetzen, würde dazu führen, den Begriff „Rechtsextremismus“ letztlich zu verwässern und zu entwerten.

Workshop 3:

„Europäischer Rechtspopulismus und Rechtsextremismus nach der Europawahl“

Christian Nestler, M.A., Universität Rostock

s. Anlage

Workshop 4:

„Alltagsrassismus“

Nissar Gardi, Erziehungswissenschaftlerin (Magister), Referentin für politischen Jugend und Erwachsenenbildung zu den Schwerpunkten Diversity, Rassismuskritik, Empowerment und geschlechtersensible Bildungsarbeit. Des Weiteren Jugendbildungsreferentin bei der DGB Jugend Bremen

Rassismus und Diskriminierung sind gesellschaftliche „Normalität“. Als gesellschaftliches Machtverhältnis betrifft Rassismus alle Menschen – jedoch auf unterschiedliche Art und Weise. Erlernte rassistische Vorstellungen und Wissensbestände legen fest, wie wir uns selbst und einander wahrnehmen und bestimmen unsere Handlungsmöglichkeiten.

Inhalt des Workshops waren die Diskussion zentraler Aspekte der Rassismuskritik sowie Impulse für die Selbstreflexion. Dies wurde methodisch durch ein Soziogramm umgesetzt, bei dem sich die Teilnehmenden entsprechend eigener Erfahrungen eingeordnet haben: Ein Gewalt/Rassismus-Barometer machte deutlich, inwiefern eine individuelle Äußerung zu Gewalt/Rassismus grundsätzlich kontext- und erfahrungsabhängig einzuordnen ist. Es wurde auch erörtert, inwiefern das „Nichtsprechen über Rassismus“ ein speziell deutsches Phänomen

ist. Im Anschluss wurden Definitionsversuche zu Rassismus vorgestellt und an Beispielen diskutiert, wie z.B. die Definition von Paul Mecheril. Mecheril benennt als Kennzeichen von Rassismus: Homogenisierung, Naturalisierung, Hierarchisierung und Macht.

s. Anlage

Workshop 5:

„Flüchtlinge im Fokus von Rechtsextremisten“

**Torsten Döring vom Büro des Flüchtlingsbeauftragten des Landes S.-H.
und Charlotte Sauerland vom Regionalen Beratungsteam gegen
Rechtsextremismus Kiel**

Der Workshop gliederte sich in drei Teile.

Im ersten stellte Frau Charlotte Sauerland dar, inwieweit Geflüchtete in jüngster Zeit zur Zielscheibe rechtsextremer Propaganda und Hetze durch Rechtsextremisten in Deutschland und insbesondere Schleswig-Holstein werden. Neonazis knüpfen an weit verbreitete rassistische und nationalistische Ressentiments an, schüren insbesondere angesichts neu ankommender Geflüchtete Ängste in der Region und verbinden diese mit Drohgebärden. Unter bürgerlichem Deckmantel werden dabei von den selbsternannten „Volksverstehern“ einfache Lösungen suggeriert, die zum Beispiel die Ausweisung von Asylbewerbern/-innen durch deren Kriminalisierung z.B. als „Scheinasylanten“ legitim erscheinen lassen. Frau Sauerland gab in ihrem Referat einen kenntnisreichen Einblick in die Hintergründe und Entwicklungen rechtsextremistischer Hetze gegen Geflüchtete und stellte deren lokale Verortung und Akteure/-innen in Schleswig-Holstein dar. Gleichzeitig verwies sie auf die vielen positiven Beispiele in der Zivilbevölkerung, die engagiert diesen menschenverachtenden Kampagnen entgegentreten und sich ideenreich für die Etablierung einer Willkommenskultur in ihrer Gemeinde einsetzen- ein Impuls, der von den Workshopteilnehmern/-innen bestätigt und durch die Vorstellung eigener Initiativen ergänzt wurde. Danke an Frau Sauerland für den interessanten und lebendigen Vortrag!

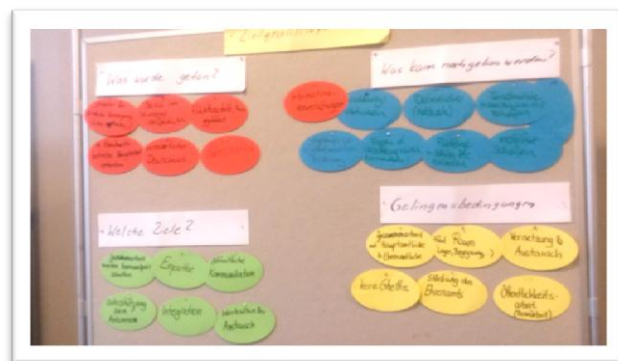
Herr Torsten Döring griff in dem sich daran anschließenden Referat gängige Vorurteile gegenüber Geflüchteten auf und stellte ihnen anhand seines umfangreichen Datenmaterials und wichtigen Informationen zur Rechtslage belastbare Fakten entgegen. Anhand eines üblichen Asylverfahrens konnten die Teilnehmenden Verfahrenswege, Zuständigkeiten und Problemstellen gut nachvollziehen und einen Einblick in die hochkomplexen Zusammenhänge gewinnen. Als besondere Schwierigkeit betonte Torsten Döring die zunehmende Beschleunigung, mit der Geflüchtete im Land aufgenommen und gleich darauf auf

die Kommunen verteilt werden. Sie werden dabei häufig nur unzureichend vor dem Erstgespräch über die rechtliche Situation informiert, das aber entscheidend für den weiteren Verlauf ihres Verfahrens ist.

Neben vielen interessanten Informationen konnten die Teilnehmenden hier auch gleich fachlich fundierte Argumente sammeln, um rechtsextremer Hetze zum Thema Asyl zu begegnen. Herzlichen Dank, Herr Döhring für ihre differenzierten und tiefgreifenden Ausführungen!

Der dritte Teil des Workshops bestand in zwei Diskussionsforen zum Thema Geflüchtete und Rechtsextremismus. Hier verständigten sich die Teilnehmenden dazu, welche Initiativen es seitens der Zivilgesellschaft bzw. in der Kommune schon gibt, was noch getan werden müsste und welche Rahmenbedingungen es dazu braucht. Interessant war dabei der konzentrierte Fokus auf verbesserte Aufnahme- und Integrationsbedingungen für die ankommenden Geflüchteten, die wohl nachhaltigste Herangehensweise, rechtsextremistischer Propaganda entgegenzutreten. Leider war viel zu wenig Zeit für eine weitere Diskussion.

Katrin Schulz, Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg



Gesammelte Themen für die 6. Regionalkonferenz Rechtsextremismus in Lübeck in 2015

Folgende Vorschläge wurden am 15. November 2014 in Bargteheide auf der 5. Regionalkonferenz Rechtsextremismus für die nächste Veranstaltung geäußert:

Inhaltliches

- Interkulturelle Bildung
- Demokratiepädagogik
- Thema/Raum für Bündnisvernetzung
- Alltagsrassismus, weiterhin wichtig → Schule, Medien etc.
- Flüchtlingspolitik und Wirtschaft
- (Raum für) Empowerment von Betroffenen
- Kampagnenfähigkeit entwickeln
- Neue Formen des Rechtsextremismus
- Rechtsextremismus in Europa vertiefen

Formales

- Probleme aus den Regionen am Vormittag vorstellen
- Frage: 1 längerer Workshop oder 2 Durchgänge von Vorträgen und Diskussionen.



Gefördert durch Bundesprogramm
„UNTERANZFÖHREN - AUFWERTUNG FÄHIGKEITEN“
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



BERATUNGSNETZWERK
GEGEN RECHTSEXTREMISMUS



RAA
REGIONALKONFERENZ
RECHTSEXTREMISMUS
Friedensdienst
des Landeshilfskreises
Kreuzfahrt



Schleswig-Holstein